



---

**mouvement**  
**écologique**

**Zukunft nohalteg gestalten  
– ekologesch, sozial a gerecht**

**Virschléi vum Mouvement Ecologique fir  
d'Legislaturperiod 2013-2018**

Pressekonferenz September 2013

---

Kontakt: [meco@oeko.lu](mailto:meco@oeko.lu) Tél.: (00352) 43 90 30-1

# Zukunft nachhaltig gestalten – ökologisch, sozial und gerecht

## Vorschläge vom Mouvement Ecologique für die Legislaturperiode 2013-2018

---

Es ist mittlerweile zu einer Tradition geworden, dass der Mouvement Ecologique im Vorfeld der Legislativwahlen konkrete Vorschläge im Sinne der nachhaltigen Entwicklung auf den Tisch legt. Dies ist auch 2013 der Fall und erfolgt in der Hoffnung, dass die Anregungen einen Beitrag dazu leisten, Luxemburg endlich die so dringende Trendwende in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung schafft.

Denn Fakt ist: es ist in der nun auslaufenden Legislaturperiode nicht gelungen, diese Wende in die Wege zu leiten! Grundsatzentscheidungen im Sinne eines Mehr an Transparenz und Bürgerbeteiligung, eines Mehr an Demokratie sind nicht gefallen! Ebenso wurde unser Land nicht „zukunftsfit“ gemacht, z.B. in Sachen Ressourcenverbrauch, Landesplanung oder Mobilität.

Vielfach herrscht ein Gefühl der Stagnation, ja sogar der Resignation, vor: Zentrale Fragen der Zukunftsgestaltung - von der überfälligen Debatte über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik über die Energiewende bis hin zum Erhalt der Biodiversität und die Orientierung der Landwirtschaft - werden seit Jahren vor sich hergeschoben. Ebenso wie die Verteilungsgerechtigkeit sowohl in unserer heutigen Gesellschaft, wie auch in der Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen (bzw. in Anbetracht der Nord-Süd Diskrepanzen).

Ein Weiter wie bisher - und da scheinen sich dann doch alle gesellschaftlichen Akteure einig zu sein - wird Luxemburg unweigerlich in eine Sackgasse führen.

Unser Land braucht dringend eine grundsätzliche Debatte über die seit Jahren im Raum stehende Fragestellung „Wéi e Lëtzebuerg fir muer?“, dies unter Berücksichtigung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Nachhaltigkeit bedeutet ein verstärktes Zusammenspiel von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen: die Entwicklung von Perspektiven in diesem Bereich kann nur in einem verstärkten Dialog erfolgen, durch ein Mehr an Transparenz und Demokratie. Die Ressourcenknappheit bzw. die begrenzte Belastbarkeit der Lebensräume setzen dabei natürliche Grenzen für Kompromisse zwischen widerstrebenden Interessen. Diese sowie die Gerechtigkeitsfrage sollten in erster Linie unsere zukünftigen Entscheidungen leiten.

Der zukünftige Staatsminister muss in diesem Zusammenhang endlich seine Rolle übernehmen und einen Zukunftstisch einberufen. Nicht bilaterale Gespräche bringen uns hier weiter, sondern vielmehr ein regelrechter Prozess, welcher extern moderiert wird, auf Fakten basiert, der breite Kreise der Zivilgesellschaft und soweit wie möglich die Bevölkerung einbindet ... und in welchem in aller Offenheit und Transparenz über wesentliche Zukunftsfragen unseres Landes diskutiert werden kann. Auf der Grundlage der Erkenntnisse eines solchen Zukunftstisches ist es dann an der Politik konkrete Maßnahmen in die Wege zu leiten.

**Als parteipolitisch unabhängige Stimme steht es dem Mouvement Ecologique nicht zu Wahlempfehlungen zu geben. Vielmehr rufen wir alle BürgerInnen auf, die Wahlprogramme der Parteien zu überprüfen, inwiefern existentielle Zukunftsfragen unseres Landes angesprochen werden und konkrete Maßnahmen in Richtung mehr Demokratie und Nachhaltigkeit, d.h. auch einer ökologisch und sozialgerechteren Gesellschaft, versprochen werden.**

## Kernelemente der Forderungen des Mouvement Ecologique:

---

- **Für einen Qualitätssprung auf demokratischer Ebene bzw. bei der Bürgerbeteiligung:** Luxemburg hat ein erhebliches Defizit vor allem auf dieser Ebene: unser Staat muss im Sinne einer „Bürgergesellschaft“ transparenter und offener gestaltet werden! Dazu gehört ein „code de déontologie“ für politisch Verantwortliche, ein grundsätzlich reformiertes Gesetz betreffend den „freien Zugang zu Informationen“ sowie konkrete Beteiligungsinstrumente zur Einbindung der BürgerInnen in Entscheidungsprozesse. Bürgerrechte dürfen zudem nicht einer vermeintlichen „simplification administrative“ zum Opfer fallen...

Der Anspruch von mehr Demokratie, einer verstärkten Bürgerbeteiligung, einer besseren „Gouvernance“ durchzieht wie ein roter Faden alle Themenbereiche, die vom Mouvement Ecologique bearbeitet wurden.

- **Nachhaltige Entwicklung in die politische Praxis umsetzen:** Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat sich bis dato nicht durchgesetzt. Mit der Konsequenz, dass wir weit von einer nachhaltigen Gesellschaft entfernt sind. Würden alle Menschen so leben wie wir, bräuchten wir 7 Planeten... Ein radikales Umdenken ist notwendig: wir brauchen u.a. einen „Nachhaltigkeitscheck“ von Regierungsentscheidungen, ein Bekennen aller Regierungsmitglieder zum nationalen Nachhaltigkeitsplan, eine Umgestaltung des Staatshaushaltes (stärkere Integration der Nachhaltigkeitsdimension), eine nachhaltige Steuerreform.
- **Bildung: Investition in die Zukunft:** Das Konzept einer erweiterten Bürgerbeteiligung im Sinne von mehr Demokratie muss auch eine Demokratisierung der Bildungseinrichtungen nach sich ziehen: Im Rahmen der Nutzung verstärkter Freiräume für die einzelnen Bildungsinstitutionen sollten Lernende, z.B. SchülerInnen, ermöglicht werden Partizipation sehr konkret vor Ort zu erfahren. Eine formale Verankerung politischer Bildung („éducation à la citoyenneté“) in allen Curricula bzw. deren Umsetzung u.a. in fächerübergreifenden Projekten sowie in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern (Betrieben, Gemeinden, Organisationen...) ist Voraussetzung für das Wecken von Interesse für gesellschaftliche Fragen. Dies gilt auch für eine Aufwertung der naturwissenschaftlichen Bildung als wichtigen Teil der Allgemeinbildung in einer immer komplexeren und von Naturwissenschaften und Technik geprägten Welt. Diese Aspekte wie auch andere sind Teil der nationalen Strategie „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“, die Luxemburg, wie alle anderen UN-Mitgliedsstaaten, verpflichtet ist, in den nächsten Jahren konkret umzusetzen (und wo unser Land erheblichen Nachholbedarf hat).
- **Energie- und Klimaschutz: Die Herausforderung schlechthin!** Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Verfehlen der Klimaschutzziele, fehlende Energiestrategie, unzufriedenstellender Ausbau der erneuerbaren Energien, unzureichende Steigerung der Effizienz ... Die nächste Regierung muss dem Thema endlich den ihm zustehenden Stellenwert beimessen und konsequent handeln. Aus ökologischer Sicht, aber auch als ökonomische Notwendigkeit! Hierzu gehören auch die Erstellung eines nationalen Klimaschutzgesetzes, die zügige Umsetzung des 2ten nationalen Aktionsplanes „Klimaschutz“, die Erstellung und Umsetzung einer zukunftsorientierten Energiestrategie, verbunden mit ehrgeizigen Zielen z.B. auch im Bereich erneuerbaren Energien, eine offensive Altbausanierung und in diesem Zusammenhang einen besseren Zugang zu Finanzhilfen für finanzschwache Haushalte...

- **Natur- und Landschaftsschutz: Biodiversitätsverlust stoppen - Natur- und Landschaftsschutz fachlich begründen und professionell umsetzen:** Trotz aller Initiativen der vergangenen Jahre: der Arten- und Biodiversitätsverlust geht ungehemmt weiter! Dabei müsste der Erhalt unserer Lebensgrundlagen (aus ökologischer, jedoch auch aus wirtschaftlicher Sicht bzw. im Sinne der Wahrung der Lebensqualität) ein absolutes "Must" sein! Insofern ist konsequenteres Handeln erforderlich. Dazu gehört auch, dass dem Natur- und Landschaftsschutz in strittigen Fällen ein höherer Stellenwert beigemessen wird, die Reform der Naturverwaltung fortgeführt (und die politische Federführung noch stärker im Ministerium verankert wird), weitaus mehr Zeit und Mühe müsste in die Vermittlung der Belange und der Instrumente des Naturschutzes investiert werden (Naturschutz braucht Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit). Zudem müsste der Reformtext des neuen Naturschutzgesetzes diskutiert und überarbeitet, öffentliche Flächenpools für die Gewährleistung einer sinnvollen Kompensierung von Natureingriffen geschaffen, der nationale Aktionsplan „Naturschutz“ fortentwickelt sowie landesweite biologische Stationen und interkommunale Syndikate im Bereich Naturschutz sichergestellt werden u.v.a.m.
  
- **Landwirtschaft: Zukunft der Landwirtschaft als gesellschaftliches Thema:** Die Landwirtschaftspolitik ist derzeit kein wirkliches gesellschaftliches Thema in Luxemburg. Dabei schafft die Landwirtschaft Arbeitsplätze, sichert die Lebensmittelversorgung und den Erhalt der Kulturlandschaft. Die Orientierung der Landwirtschaft Luxemburgs muss deshalb endlich zu einer gesellschaftspolitischen Frage, über die Landwirtschaftskreise hinaus, werden. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique gilt es dabei eine Priorität auf den Ausbau des Biolandbaus zu setzen, die Landwirtschaft verstärkt zu diversifizieren (auch im Sinne einer verstärkten Eigenversorgung), alle Akteure an der Erstellung des neuen „programme de développement rural“ zu beteiligen, die landwirtschaftlichen Labels zu überarbeiten, eine Versöhnung von Naturschutz und Landwirtschaft zu gewährleisten u.a.m.
  
- **Landesplanung – Elo Neel mat Käpp maachen!** Die zu Ende gehende Legislaturperiode war vor allem gekennzeichnet vom .... Warten auf das neue Landesplanungsgesetz. Daneben wurde zwar z.T. in regionalen „Konventionsgebieten“ mit Gemeinden zusammengearbeitet, wobei aber auch hier die Projekte weitestgehend noch in der Planungsphase stecken. De facto spielte die Landesplanung in der Realität vor Ort kaum eine Rolle, so dass es nicht verwunderlich ist, dass gesteckte Ziele nicht erreicht werden konnten (z.B. prioritäre Entwicklung der zentralen Orte usw.). In der kommenden Legislaturperiode muss die Landesplanung wieder an Stellenwert in der realen alltäglichen Arbeit gewinnen. D.h. auch, dass die vier sektoriellen Pläne umgehend in die öffentliche Prozedur gebracht und ggf. angepasst werden, BürgerInnen verstärkt in Planungsprozesse einbezogen werden, der Staat die ihm zur Verfügung stehenden Mittel für eine kohärente Landesplanung vermehrt nutzt (z.B. sein Vorkaufsrecht); regionale Strukturen gefestigt, fortentwickelt und demokratischer (!) gestaltet werden sowie das Konzept der Großregion mit Leben gefüllt wird.
  
- **Mobilität: Primat für Lebensqualität und Klimaschutz:** In der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde viel neu geplant... die nächste muss endlich die Phase der Umsetzung werden! D.h. die sogenannte MoDu-Strategie ("Stratégie globale pour une mobilité durable – pour les résidents et les frontaliers") mit Leben füllen, das Gesetzesprojekt zum Bau der modernen Stadtbahn noch Ende 2013 deponieren und 2014 im Parlament stimmen, den Peripherbahnhof Richtung „Zéisseng“ und den Ausbau der Stadtbahn nach Findel-Héihenhaff bis Mitte der Legislaturperiode entscheiden. Endlich Ernst machen mit einem Mobilitätskonzept für die Großregion und der Umsetzung von Kurzfristmaßnahmen

(z.B. auch grenzüberschreitendes Jobticket), Reorganisation des Busnetzes, konsequente Einbindung potentieller und heutiger Kunden in die Planungen, Ausbau der "mobilité douce"  
...

- **Gemeindepolitik - neuer Aufbruch durch strukturelle Reformen:** Auf dieser Ebene sind grundsätzliche Reformen notwendig. Und hierzu gehören vor allem ein Audit und eine grundlegende Reform des Innenministeriums. Dieses Ministerium behindert eher eine dynamische Gemeindepolitik, statt sie konsequent zu fördern! Die Trägheit, die Überkontrolle dieses Ministeriums sind seit Jahrzehnten bekannt...: hier müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, um das Ministerium den Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Dazu gehört auch die Reform der Gemeindefinanzen und des Gemeindegesetzes (u.a. ist eine neue Definition der kommunalen Kompetenzen seit Jahren überfällig), die weitaus konsequentere Förderung der regionalen Zusammenarbeit aufgrund nachvollziehbarer Kriterien u.a.m.
- **Wohnungsbau: Nachhaltigkeit mit Sozialem verknüpfen:** Unzweifelhaft steht die Thematik von ausreichendem Wohnraum zu bezahlbaren Preisen im Vordergrund der Wohnungspolitik. Dies bedeutet auch, dass endlich Instrumente umgesetzt werden müssen, die eine Mobilisierung von nicht genutztem Bauland und leerstehenden Häusern bewirken (Stichworte: Binnen- vor Außenentwicklung durch eine Reform der Grundsteuer, finanzielle Anreize u.a.m.). Innovative Bauweisen und -formen (z.B. kompakte Bauweisen, Baugemeinschaften) müssen gefördert, die Wohnungsbauförderung z.T. überdacht werden (z.B. auch stärkere Unterstützung sozial benachteiligter Personengruppen, Integration ökologischer Aspekte). In der Wohnungsbaupolitik muss endlich ehrlich über Prioritäten diskutiert und konkrete Instrumente umgesetzt werden. Ein weiteres, wahlloses Öffnen von Bauperimetern wäre sicherlich keine Lösung, sondern würde vielmehr zu einer Verlagerung von Problemen führen.
- **Denkmalschutz: von Feuerwehrmaßnahmen zur proaktiven Politik:** In der auslaufenden Legislaturperiode wurden vor allem die Gemeinden immer wieder darauf hingewiesen, sie sollten ihre Verantwortung übernehmen. Dabei übernimmt der Staat seine eigene Verantwortung bei weitem nicht. Es fehlt an einer allgemein akzeptierten Konzeption des Denkmalschutzes, einer Reform des überalteten Gesetzes, einer fachlich gestützten Fortentwicklung der nationalen Liste schützenswerter Güter u.a.m.. Es braucht strukturelle Reformen, um einem fachlich fundierten Denkmalschutz u.a. auch in seiner Verknüpfung mit kommunalen Flächennutzungsplänen den ihm zukommenden Stellenwert zu geben.
- **Wirtschaft: Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung miteinander verknüpfen:** Unser heutiger Wirtschaftsstandort ist, ob der Abhängigkeit vom Bankensektor, der einseitigen Ausrichtung auf wirtschaftliche Nischenbereiche wie u.a. dem Tanktourismus sehr fragil; die Ressourcenknappheit sowie die Energiefrage stellt ihn zudem vor grundsätzliches Umdenken. Wir brauchen eine Grundsatzdebatte über den Wirtschaftsstandort Luxemburg und somit auch die Absicherung bzw. die Neuschaffung von Arbeitsplätzen in zukunftsträchtigen Bereichen unter dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, eine ehrliche Diskussion auch über das angestrebte Wirtschaftswachstum, eine bewusste Stärkung der regionalen Märkte und neue innovative Projekte, eine reelle Förderung der Umwelttechnologien und von weiteren "green jobs", einen Strategieplan "Energie- Material und Ressourceneffizienz" u.a.m.

- **Umweltpolitik: vom defensiven zum offensiven Umweltschutz:** Eine reelle präventiv orientierte Umweltpolitik ist derzeit in Luxemburg nicht in ausreichendem Masse gegeben: Luftreinhaltung, Altlastensanierung, Reduktion der Lärmbelastung, Beratung von Betrieben in Bezug auf betrieblich integrierten Umweltschutz, Aufnehmen von Beschwerden von BürgerInnen... alles das erfolgt nur sehr begrenzt. In der nächsten Legislaturperiode muss als zentrale und primäre Maßnahme in den ersten Monaten die Reform der Umweltverwaltung auch nach außen ein Thema und das diesbezügliche erstellte Audit der Verwaltung vorgelegt werden. Diese Reform ist das A und O einer besseren Umweltschutzpolitik und im Übrigen auch ein wesentliches Element der Versöhnung von ökologischen und wirtschaftlichen Interessen. Die Erarbeitung von modellhaften Lastenheften für die öffentliche Beschaffung, die Erstellung eines Umweltgesetzbuches u.a.m. müssten darüber hinaus eine Selbstverständlichkeit sein.
  
- **Wasserwirtschaft: Wasser - Schutz und Lebensgrundlage:** Für jeden Interessierten ist erkennbar, dass Luxemburg die aufgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie festgelegten Ziele im Bereich des Wasserschutzes nur sehr begrenzt erreichen wird... weitere Strafen der EU-Kommission sind somit voraussehbar... Wasserwirtschaft wird noch zu sehr als politisches "Randthema" gesehen, was angesichts der Bedeutung des Elementes Wasser für Mensch, Tier und Natur absolut unverständlich ist. Wasserschutz muss endlich als politisches Thema des zuständigen Ministeriums verankert werden (dies bedeutet u.a. eine Herauslösung aus dem Innenministerium). Die Strukturen auf der Ebene der Wasserwirtschaft müssen als Voraussetzung für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie reformiert, die Umsetzung des Gesetzes zu einer politischen Priorität definiert werden u.a.m.
  
- **Gesundheitspolitik: Gesundheitsförderung durch Schaffung von Lebensqualität:** Gesundheitspolitik wird noch immer zu sehr auf Behandeln von Krankheiten orientiert. Die Umwandlung der Benennung der Krankenkassen in Gesundheitskassen - auch als Symbol für einen Paradigmenwechsel - muss endlich grundsätzlich in der Gesundheitspolitik mit Leben gefüllt werden. Dazu gehört auch, dass ein Aktionsplan Gesundheitsförderung und -prävention für alle Bevölkerungsschichten erstellt, das Konzept der "gesundheitsfördernden Städte und Gemeinden" angegangen und umgesetzt, die Rolle der Gesundheitskassen in diesem Sinne ausgeweitet, ein Aktionsplan "Umwelt und Gesundheit" erstellt wird...
  
- **EU-Politik transparenter und demokratischer gestalten:** Der europäische Gedanken benötigt ein Mehr an Akzeptanz. Dies kann nur gelingen, wenn Prozesse transparenter und bürgernäher gestaltet werden. Dies bedeutet auch: Kriterien festlegen, bei welchen Debatten auf EU-Ebene die Abgeordnetenversammlung im Vorfeld einer Stellungnahme Luxemburgs eingebunden werden muss, eine weitaus bessere Berichterstattung (auch mittels Internetauftritt der Regierung) über EU-Dossiers und die Haltung Luxemburgs u.a.m.
  
- **Vorschläge zur Regierungsumbildung:** Die letzte Legislaturperiode hat nach Meinung des Mouvement Ecologique deutlich bewiesen, dass die Schaffung eines Superministeriums mit einer regelrechten Kompetenzhäufung (Naturschutz, Umwelt, Transport, Infrastrukturen, Landesplanung...), nicht sinnvoll ist. Dies u.a. auch weil der Anspruch nicht einmal ansatzweise erreicht werden konnte und potentielle Konfliktsituationen zwischen den verschiedenen Interessen nicht mehr nach außen thematisiert wurden und de facto eine politische Abwertung des gesamten Bereiches erfolgte.

Deshalb tritt der Mouvement Ecologique ein für die Schaffung

- eines Ministeriums für nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt, in welches ebenfalls die Wasserwirtschaft integriert werden soll;
- eines Ministeriums für Landesplanung und Mobilität.

Weitere Vorschläge zu einer rationellen Aufteilung der ministeriellen Kompetenzen sind in der Broschüre zu finden.

### **Detaillierte Vorschläge in einer 64-seitigen Broschüre!**

Dargelegt werden diese und andere Anregungen / Ideen in einer 64-seitigen Broschüre. Dank des Engagements zahlreicher ehrenamtlich engagierter Personen und der hohen Fachkompetenz innerhalb des Mouvement Ecologique, konnte dieses Dokument in kürzester Zeit erstellt und den politischen Parteien Ende Juli zugestellt werden.

### **Zusammenfassung der Anregungen**

Erstellt wurde aber auch eine leicht verständliche Zusammenfassung der Vorschläge des Mouvement Ecologique, diese soll auch anlässlich der Oekofoire 2013 (dieses Jahr vom 27. – 29. September) an die interessierten BesucherInnen verteilt werden. Diese Zusammenfassung wird innerhalb der nächsten Tage auch in attraktivem Layout vorliegen.

### **Fragenkatalog an die politischen Parteien**

Traditionsgemäß richtet der Mouvement Ecologique ebenfalls einen Fragenkatalog an die politischen Parteien. Zu 13 Themen wurden 55 konkrete Fragen an diese gerichtet. Resultate werden für Ende September erwartet.

### **Rundtischgespräche**

Derzeit sind auch 3 Rundtischgespräche in Planung .... Zum Thema "Nachhaltige Entwicklung" - "Demokratie / Bürgergesellschaft" sowie zum Thema "Landwirtschaft". Die Details werden demnächst veröffentlicht.

---

Alle diese Bemühungen erfolgen in der Hoffnung, dass eine Vielzahl der Anregungen von Parteien und Politikern aufgegriffen werden und u.a. Eingang in das nächste Koalitionsabkommen finden ... und vor allem auch umgesetzt werden.

**Denn wir brauchen eine grundlegende Kursänderung der Politik in Luxemburg: mit punktuellen Maßnahmen und dem vorherrschenden Alltagspragmatismus werden wir das Ziel einer "nachhaltigen Gesellschaft" nicht erreichen können. Insofern hofft der Mouvement Ecologique mit dem vorliegenden Dokument einen Fundus an Konzepten und Anregungen darzulegen, der einen konkreten Beitrag zu einer gemeinsamen nachhaltigen Zukunftsgestaltung leisten kann.**

**Geboren wurden die Vorschläge und Projekte aus der Kraft zahlreicher BürgerInnen einer Organisation, die sich für eine Politik einsetzt, in welcher Inhalte, Argumente, Auseinandersetzungen über Ausrichtungen, Konzepte und Visionen im Vordergrund stehen: dies im Interesse der heutigen sowie der kommenden Generationen.**